

Der Württembergische

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Festkalender“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn 1.60, Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint in jedem Werttage. Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zoller (Hr. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Fleckenzeile 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Rabatt. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Brief-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. No. Stuttgart 5113

Nr. 51

Gegründet 1827

Dienstag, den 2. März 1931

Fernsprecher Nr. 29

105. Jahrgang

Die Einigung über die Flottenrüstungen

Paris, 2. März. Henderson, Alexander und ihre Begleiter trafen am Sonntag nachmittag in Paris ein, wo sie sofort eine dreistündige Besprechung mit Briand und den französischen Marinefachverständigen hatten. Abends 7 Uhr konnte Briand mit strahlender Freude die erste Einigung zwischen London, Paris und Rom verkünden. Briand und Henderson sandten sofort an den italienischen Außenminister Grandi ein herzliches Begrüßungstelegramm, wie ein solches seit Jahren nicht mehr von Paris nach Rom gegangen ist.

Nach den Presseberichten soll die Einigung — die genauen Zahlen werden noch nicht mitgeteilt — folgende Richtlinien enthalten: 1. Frankreich soll mit seinem Gesamttonnenraum einen Vorrang vor Italien behalten. 2. Italien soll gegenüber Frankreich einen leichten Vorrang hinsichtlich der Torpedobootzerstörer und der leichten Kreuzer zugesprochen bekommen. 3. Frankreich soll eine sehr beträchtliche Überlegenheit über Italien in der Landbootschiffen genießen. 4. Frankreich soll ermächtigt werden, eine gewisse Anzahl seiner großen Schlachtkreuzer zu modernisieren unter der Bedingung jedoch, daß diese Kriegsschiffe den Dienst zwischen dem europäischen Mutterland und den französischen Kolonien zu versehen hätten. 5. Der Tonnentraum Frankreichs und Italiens hinsichtlich der 10 000-Tonnen-Kreuzer soll der gleiche sein. 6. Frankreich soll eine leichte Überlegenheit über Italien hinsichtlich der Hilfskriegsschiffe.

Der französische Marineminister Dumont wollte in seiner Freude sofort das Verhandlungsergebnis zahlenmäßig der Öffentlichkeit mitteilen. Die Engländer haben ihn jedoch, davon Abstand zu nehmen, da man vorher erst die Dominien und die amerikanische und die japanische Regierung verständigen müsse. Dumont sagte, alle bisher in der Presse genannten Zahlen seien falsch.

erklärt, daß der jetzige Entwaffnungszustand Deutschlands die unerwünschte Grundlage für den derzeitigen Abrüstungszustand Frankreichs bedeute. Er hat mit andern Worten gesagt, daß das äußerste Maß der französischen Rüstungseinschränkung erreicht sei. Die deutsche Antwort auf die Frage des „Temps“ kann daher nicht zweifelhaft sein: Entweder beharren die Franzosen auf ihren jetzigen Rüstungen und bezeichnen diese, wenn es ihrem Geschmack und ihren Zwecken so entspricht, als „Abrüstung“, dann allerdings ist nicht einzusehen, warum Deutschland nicht auch diesen endgültigen Zustand der Rüstungseinschränkungen gemäß der Verheißung des Versailler Vertrags für sich beanspruchen sollte. Aber es wäre zweifellos ehrlicher, unentwegt darauf zu beharren, daß Frankreich seine allgemein als kindlich betrachteten Versuche, sich als „abgerüstet“ hinzustellen, preisgeben und von diesem künstlich errichteten Gerüst der Heuchelei herabsteigen würde, um sich einer wahren Abrüstung anzupassen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß bei diesen Tauschgeschäften der englisch-französischen Verhandlungen dieses Ziel ferner gerückt ist denn je. Die große Abrüstungskonferenz wird das Ergebnis der gestrigen Einigung für die Gesamtabrüstungsfrage erkennbar machen. Sollten sich die Befürchtungen bewahrheiten, dann allerdings wäre für Deutschland der erstgenannte Fall der Rüstungs- oder Abrüstungsgleichheit — welchen Ausdruck man nun vorziehen mag — zu erwägen; in erster Linie zu unserer eigenen Sicherheit. Das Ergebnis der dreistündigen Beratungen in Paris ist, wenn wir uns seinen blauen Dunst vormachen wollen, leider so auszulegen, daß Deutschland mit einer sehr schwierigen Lage rechnen muß.

Die Vereinigten Staaten und das Flottenabkommen

Washington, 2. März. In amtlichen Kreisen ist man der Meinung, daß das Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien über die Seerüstungen für die Vereinigten Staaten annehmbar sei. Es wird angenommen, daß die vorgeschlagenen Änderungen zum Londoner Abkommen keine grundsätzliche Bedeutung haben und weder die japanischen noch die amerikanischen Lebensinteressen berühren.

Am amtlichen Auftrag schreibt der Pariser „Temps“:

„Es wäre zweifellos notwendig, daß die Deutschen endlich einmal unambigüos sich darüber aussprechen wollten, ob sie die allgemeine Abrüstung anstreben (das heißt wohl eine allgemeine Rüstungsbeschränkung im Rahmen des Vernünftigen und Möglichen) oder ob sie lieber aufzurufen beabsichtigen.“

Der französische Kriegsminister Maginot hat amtlich

landbunds, Grafen Kalkreuth, noch einmal erfußt, alles dran zu setzen, um die Parteien der nationalen Opposition zur Rückkehr in den Reichstag zu bewegen.

Grüner Nationalsozialist

Berlin, 2. März. Senatspräsident Walter Gräner, der früher Sozialdemokrat war, ist der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei beigetreten.

Politische Schieberei

Köln, 1. März. Gestern mittag überfielen Kommunisten einige Nationalsozialisten, wobei ein Nationalsozialist einen Kopfschlag erhielt. Lebensgefahr besteht nicht. 7 Kommunisten wurden festgenommen.

Amerikanische Vereinigungen für Abbruch des Handelsvertrages mit Rußland

Newyork, 2. März. Vertreter von 52 vaterländischen Vereinigungen haben einen Brief an den Präsidenten Hoover geschickt, in dem sie verlangen, daß jeder Handel mit Sowjetrußland eingestellt werde.

Erfolg der Revolution in Peru

Lima, 2. März. Die peruanische Flotte hat sich am 28. Februar dem Aufstand in Süd-Peru angeschlossen. Der Oberst Cerro forderte den jetzigen Staatspräsidenten, Oberst Cerro, auf, unverzüglich zurückzutreten. Ein Transportschiff mit 2000 Soldaten, die den Aufstand in Arequipa unterdrücken sollten, wurde von einem Kriegsschiff am Auslaufen verhindert. Präsident Sanchez Cerro erklärte darauf den Rücktritt mit dem Kabinett. Unter Vorbehalt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Leoncio Elias, wurde eine vorläufige Regierung gebildet, der der Generalkonsul des Meeres und der Befehlshaber der Flotte angehören. Mit den Aufständischen in Arequipa und Piura wurden Verhandlungen eingeleitet.

Cerro hat sich seiner Herrschaft nur ein halbes Jahr erfreuen können. Er hatte aus Ehrgeiz den Präsidenten Leizaola vertrieben, der bekanntlich den deutschen Oberst Kundt zur Neuordnung des peruanischen Heereswesens nach Lima berufen hatte und sich in allen wichtigen Fragen des bewährten Rats Kundts bediente.

Die politische Lage in Australien

Canberra, 2. März. Infolge des Beschlusses des Volksgemeinschaftsausschusses der Arbeiterpartei, alle Ministerialämter als erledigt zu erklären, ist der Ausschuss zur Wahl der Mitglieder des neuen Bundeskabinetts geschritten. Die ersten Ergebnisse zeigen bereits, daß Scullin keine extremistischen Gegner besiegelt hat.

Deutscher Reichstag

Haushalt des Reichsinnenministeriums

Berlin, 2. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der 2. Lesung des Reichshaushalts 1931, Haushalt des Reichsinnenministeriums.

Die Kommunisten haben sofortige Aufhebung des Republikschutzgesetzes, des Demonstrationsverbots für Berlin und des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften beantragt.

Hg. Dr. Schreiber (3.) bedauert, daß große Parteien offen mit dem Gedanken des Bürgerkriegs spielen. Wir leben nicht nur in einer Wirtschaftskrise, sondern auch in einer Krise des Staatsgefühls und der Staatsgesinnung. Es sei Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß unser Volk nicht ruffischen und chinesischen Revolutionszuständen preisgegeben werde. Die Strafbestimmungen gegen Waffensmuggler sollen nicht nur im Gesetz stehen, sondern auch unmissverständlich zur Anwendung kommen. Man sei nicht national, wenn man fluchtartig das Feld verläßt. Aus den letzten Ausführungen Dr. Hugenberg's sei nicht deutlich zu ersehen, ob er von der kulturkämpferischen Agitation seines Parteifreundes Doehring gegen das Zentrum abtride. Diese Kreise arbeiten so gern mit dem antimarkistischen Schlagwort und werfen dem Zentrum Himmelsstreich zum Warrismus vor. Die Trennungslinie liege heute zwischen den aufbauenden und den zerstörenden Kräften, zwischen denen, die positiv und denen, die negativ politisch wirken. Der Redner verlangt dann unter großer Unruhe der Kommunisten eine energische Abwehr der ruffischen kulturkämpferischen Propaganda gegen die Religion.

Neueste Nachrichten

Ermittlungsverfahren gegen Seldte und Düsterberg

Halle, 2. März. Der Generalkonsul in Berlin hat gegen die Bundesführer des Stahlhelms Seldte und Düsterberg auf Grund von § 5 Abs. 1 des Republiksschutzgesetzes in Verbindung mit § 20 des Reichspressgesetzes wegen des Auftrufs in der Stahlhelmszeitung Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der am 18. Januar erschienene Aufruf war die Einladung zum Volksbegehren.

Schiele an Kalkreuth

Berlin, 2. März. Reichsernährungsminister Schiele hat in einem zweiten Schreiben den Präsidenten des Reichs-

Tagespiegel

Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Pünder sind mit Begleitung am Montag abend nach Wien abgereist.

In einer gemeinsamen Besprechung der Vertreter der Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, an der auch die aus der Landvolkpartei ausgestreuten drei Abgeordneten teilnahmen, wurde die Überlegung über die Beurteilung der Lage im „Jung-Parlament“ und volle Einmütigkeit hinsichtlich der zu ergreifenden weiteren politischen Maßnahmen festgestellt.

Der französische Ministerrat hat sich in einer Sitzung, die unter Vorsitz des Staatspräsidenten stattfand, bereit, dem Flottenabkommen mit Italien seine Zustimmung zu erteilen, da es „völlig befriedigend“ sei.

Württemberg

Stuttgart, 2. März.

50 Jahre Breuninger. Am Sonntag hat die Firma Breuninger ihr fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Nach zehn-jähriger Tätigkeit in verschiedenen Stuttgarter Geschäften übernahm der junge, aus Badnang stammende Kaufmann Eduard Breuninger am 1. März 1881 das Haus und Geschäft von E. L. Ostermayer in der Münzstraße und legte damit den Grund für eines der größten Geschäftshäuser Süddeutschlands. Der Anfang war sehr bescheiden. Mit einem Gehring und zwei Fräulein wurde das Geschäft in der Münzstraße 1 begonnen. Heute beschäftigt die Firma Breuninger 1300 Arbeiter und Angestellte. Aus dem kleinen Haus in der Münzstraße und seiner Umgebung ist ein großer Bau nach dem andern emporgewachsen. Kommerzienrat Breuninger ist geboren am 14. Juli 1854 in Badnang, lebt also heute im 77. Lebensjahr. Seine Heimatstadt Badnang ernannte ihn zum Ehrenbürger und die Technische Hochschule Stuttgart zum Ehrensenator.

Schule und Reichshandwerkswoche. Nach einem Erlaß des Kultusministeriums ist während der Werbeweche, die das deutsche Handwerk vom 15.—22. März veranstaltet, in sämtlichen Schulen den Schülern im Rahmen des ordentlichen Unterrichts und in einer ihrer Fallungskraft angepaßten Weise die Bedeutung des Handwerks für die deutsche Wirtschaft und für die deutsche Kultur zum Bewußtsein zu bringen. In den Berufs- und Fachschulen ist die Verbundenheit dieser Schulen mit dem Handwerk zu betonen.

Schlussabfindung der Württ. Hypothekbank. Der Württ. Sparverband v. W. schreibt uns: In den nächsten Tagen will die Württ. Hypothekbank die Schlussabfindung für die aufgewerteten Pfandbriefe durchführen. Wir machen die Pfandbriefgläubiger darauf aufmerksam, daß die Rhein-Hypothekbank in Mannheim bei ihrer Schlussabfindung den Gläubigern die Anteilscheine abgestempelt zurückgegeben hat und fordert alle Pfandbriefgläubiger in ihrem eigenen Interesse auf, die Rückgabe der Anteilscheine zu verlangen oder zum mindesten sich eine genaue Quittung ausstellen zu lassen. Ueber die Regelung der Pfandbriefaufwertung schwanden zurzeit Verhandlungen im Reichsjustizministerium.

Der Fall Wolf. Wie jetzt berichtet wird, hat der wegen Abtreibung angeklagte prakt. Arzt Dr. Friedrich Wolf auf die Politisierung seines Falls verzichtet. Dr. Wolf hat zunächst im Gefängnis dem Landtagsabg. Schmed gegenüber seine Zustimmung zu der bekannten kommunistischen Erklärung gegeben, hatte sich aber dadurch in Widerspruch zu seinen Verteidigern gestellt. Ihnen gegenüber hat er sich jetzt bereit erklärt, von jeglicher politischen Propaganda abzulehnen und sich auf die Seite seiner Verteidiger zu stellen, deren Bestreben dahin geht, durch eine reichsgerichtliche Entscheidung eine Ausdehnung der „sozialen Indikation“ zu erwirken. Die Kaution von 10 000 Mark hat Dr. Wolf selbst aufgebracht. Das Verlagshaus, das zuerst für ihn eintreten wollte, ist angeblich durch das kommunistische Dazwischentreten abgeschreckt worden.

Von Anklamungen sich fernhalten! Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schläffer hat verschiedenen Zeitungsartikeln zufolge in einer Versammlung in Stuttgart öffentlich erklärt, daß das vom Stuttgarter Polizeipräsidium erlassene Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel für die kommunistische Partei nicht existiere. Die Kommunisten würden trotzdem in Massen aufmarschieren. Staatspräsident Bolz und seine Polizei könnten dann zeigen, welche Macht sie hätten. — Die kommunistischen Führer beschwören mit einer derartigen Einstellung die Gefahr von Zusammenstößen zwischen ihren Anhängern und der Polizei geradezu heraus und machen sich damit für etwaige Folgen solcher Zusammenstöße heute schon selbst vor aller Öffentlichkeit verantwortlich. Denn daß die Polizei ihr einmal erlassenes Verbot auch nach allen Seiten durchzuführen wissen wird, ist selbstverständlich. An die gesamte Bevölkerung Stuttgarts ergeht aber nochmals die dringende Mahnung, sich von Anklamungen jeder Art unter freiem Himmel im eigenen Interesse unbedingt fernzuhalten.

Pröder Haut
Hautverjüngende
Creme

Denschau
Illustrierte Zeitschrift
für den Einzelnen und die Gesellschaft
monatlich in eleganter,
schöner Ausstattung im
umfang von 64 Seiten
einzelne Module
kostenlos unterhalten.
neue Modelle in jedem Heft
s 70 Pfennig
jährlich für Schneider
und Abonnements in der
Adlg. Zolser Nagold.

Leonberg, 2. März. Die Nationalsozialisten gegen die Oberamtsaufteilung. In einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten am Samstag wies Landtagsabgeordneter Prof. Mergenthaler den Vorwurf des Staatspräsidenten Holz, daß die Nationalsozialisten Feinde des Christentums seien, zurück. Er lebe den Tag kommen, wo das Zentrum auch dem Ehr. Volksdienst den Zutritt geben werde. Die Oberamtsaufteilung, die man um Stuttgart herum vornehmen wolle, aber nicht im schwarzen Oberland, finde nicht die Zustimmung der Nationalsozialisten. Ebenso nicht eine Vergrößerung der Verwaltungsbezirke, weil sie mit einer schwarz-roten Futtertruppenwirtschaft enden würde wie in Preußen.

Ludwigsburg, 2. März. Ein Badener zum Oberbürgermeister gewählt. Bei der heutigen Oberbürgermeisterwahl haben sich von 19 641 Stimmberechtigten 13 617 gleich 69,3 Prozent beteiligt. Es erhielten Stimmen: Regierungsrat Dr. Dederer-Stuttgart 3772, Regierungsrat Faber-Stuttgart 1890, Bürgermeister Dr. Frank-Oberbach a. R. (Baden) 3979, Bürgermeister Dr. Riehnhardt-Bachmann 3073 und Stadtrat Schreiber (Komm.) Stuttgart 902. 38 Stimmen waren unguiltig. Bürgermeister Dr. Frank, der von den Demokraten und Sozialdemokraten aufgestellt war, ist somit zum Oberbürgermeister von Ludwigsburg gewählt.

Um eine Einigung der bürgerlichen Parteien zu erreichen, hatten Dr. Waldmüller und Dr. Rohlfes aus Stuttgart in voriger Woche ihre Bewerbung zurückgezogen, diese Einigung kam aber trotzdem nicht zustande. Dr. Dederer wurde von den Nationalsozialisten unterstützt, Dr. Riehnhardt vom Bauernbund und der Wirtschaftspartei, Regierungsrat Faber von den Deutschnationalen und der Volkspartei. Der neue Stadtvorstand ist am 9. August 1930 in Heidelberg geboren.

Ulm, 2. März. Politischer Einbruchsdiebstahl. In den Unterkunftsräumen des Stahlhelms und des Bundes Bayern und Reich im Stahlhelmsbund in Neu-Ulm sind Einbruchsdiebstähle verübt worden, denen offensichtlich politische Motive zu Grunde liegen. — Während einer kurzen Abwesenheit einer Hausfrau in Neu-Ulm ist aus deren Wohnung ein größerer Geldbetrag gestohlen worden.

Aschuld vom Lande. Eine nicht allfällige Notiz bekundete ein auswärtiger Vote, indem er seine Vorkaufstellung bei geschlossenem Geschäft einfach vor die Geschäftstüre legte. Bis das Personal kam, war das Paket selbstredend verschwunden.

Oberndorf, 2. März. Um die Villa Mauser. Die hiesige Kerkeloch hat den Wunsch, daß die Villa Mauser, die früher zu einem Verkaufspreis von 230 000 Mark angeboten wurde und die jetzt für 90 000 Mark zu haben ist, für Krankenhauszwecke verwendet werde, da das hiesige Krankenhaus den Bedürfnissen nicht mehr genügt. Mit einem Aufwand von 60—70 000 Mark könnte die Mauservilla in ein Krankenhaus umgewandelt werden. Zurzeit schweben Verhandlungen zwischen Reich und Mauser-Gesellschaft über den Kauf der Villa. Vertraglich ist die Stadt verpflichtet, das Hilfskrankenhaus der Mauserstiftung mit Straßen und Plätzen um 150 000 Mark zu übernehmen und der Gemeinderat hat schon früher beschlossen, mit dem Hilfskrankenhaus noch ein benachbartes Gebäude für Zwecke des Krankenhauses zu erwerben. Die Kerkeloch streben indes eine idealere Lösung der Krankenhausfrage an. Auch als Schulhaus würde sich die Mauservilla gut eignen. Eine Änderung früherer Beschlüsse ist noch nicht erfolgt.

zur Besserung der bedrängten Lage der Landwirtschaft werden anerkannt. Die in der Verschärfung der Bauernnot liegende Gefahr darf nicht unterschätzt werden.

Die große Agrarvorlage verspricht, wenn sie ungefäumt angenommen und vom Kabinett energisch durchgeführt wird, einem großen Teil der Landwirtschaft Erleichterung und Verbesserung der Verhältnisse zu bringen.

Die württembergischen und hochzollerischen Bauern würden es nicht verstehen können, wenn Parteien, die mit landwirtschaftlichen Stimmen gewählt sind, durch Fernbleiben von den Verhandlungen die Annahme dieser Vorlage gefährden, und wenn Parteien, die hinter der Regierung stehen, urch Annahme des Genfer Handelsabkommens und Biederzulassung der zollfreien Gefrierfleischfuhr jede Schutzmaßnahme wertlos machen würden.

Entschlüsseungen

Im Anschluß wurden Entschlüsseungen gefaßt: 1. Der Agrarvorlage ist zuzustimmen, wenn sie von der Reichsregierung aus ungefäumt und energisch durchgeführt wird. 2. Dringend sind Forderungen für Vieh, Viehprodukte, Wein, Obst, Gemüse, Holz, ferner der Verwendungszwang für inländische Hopfen und der Reklationszwang für Auslandszeugnisse zu fordern.

Die Einheitssteuer wird nach wie vor abgelehnt, dagegen die Durchführung der versprochenen Realsteuerentlastung verlangt; die bisherige Senkung durch die Notverordnung sei nicht fühlbar. Die Zugrundelegung der Baulandwerte für die Veranlagung der Realsteuern wird abgelehnt; die Grundsteuer soll vielmehr, wie bei Gewerbe und Hausbesitz, der Ertrag bilden. Die Forderung verschiedener Umlaufsätze für landwirtschaftliche Betriebe, Grundstücke und Gewerbe würde zu unliebsamen Auseinandersetzungen in jeder Gemeinde führen. Das derzeitige württembergische Recht ist besser; für die Länder ist daher eine größere Bewegungsfreiheit zu verlangen.

Milchwirtschaft

In der Versammlung der Milchzeuger im Gustav-Siegler-Haus sprach am Sonntag nachmittag der schweizerische Bauernführer Prof. Dr. Lauer von der Technischen Hochschule in Zürich. Er beschäftigte sich mit den Ursachen der Weltwirtschafts- und Landwirtschaftskrisen und ging dann auf die Mittel ein, die zum Schutz und zur Entwicklung der Getreide- und Milchzeugung in der Schweiz angewandt würden. Alles, was die schweizerische Landwirtschaft erreicht habe, sei eine Wirkung ihrer geschlossenen Einigkeit.

Verbandsvorsitzender Hummel sprach über „Die Lage unserer Milchwirtschaft“. Die Notwendigkeit der Eindämmung unserer Einfuhr von Molkeerzeugnissen ergibt aus der Jahreswertziffer von einer halben Milliarde RM. Für eine Besserung der Verhältnisse in Absatz und Preisgestaltung müssen organisatorisch strenge Maßnahmen durchgeführt werden. Hier steht das Reichsmilchgesetz mit dem Milchbearbeitungszwang (Pasteurisierung) und der Möglichkeit der Zwangs zusammenfassung der Erzeuger ein. Die Zustimmung der Landwirtschaft zur Durchführung der württ. Verordnung über die vorgeschriebene Fütterung an die Milchhöfe müsse davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft an den Milchhöfen maßgebend beteiligt sei.

Gründung einer Seidenbaustelle

Auf Anregung des Vorsitzenden des Reichsverbandes für deutschen Seidenbau, R. Dollitor in Kornthal O/L., Leonberg, wurde die Deutsche Seidenbauzentrale e. G. m. b. H. mit dem Sitz in Sindelfingen O/L., Böblingen gegründet. Zu ihren Aufgaben gehören: Annahme und Bewertung der bei deutschen Züchtern gewonnenen Seidenkokons, Beförderung der Züchter mit bestem deutschen Eiermaterial aus eigener Nachzuchtanstalt, Beförderung aller Interessenten mit einwandfreien und billigen Maulbeerpflanzen aus eigenen Pflanzschulen, Einrichtung einer Lehr- und Versuchsanstalt.

Aus Stadt und Land

Regolde, den 3. März 1931.

Alle Tage unseres Lebens müssen wir als Geschenke betrachten; im Augenblick des Empfanges kann man den Wert einer Gabe noch nicht erkennen, sondern erst dann, wenn man sie zu gebrauchen verliert. G. Stabe.

Was der März bringt

In dem für die Landwirtschaft wichtigen Monat März oder Lenzig hat der Landwirt allerlei Wünsche an das Wetter. Es soll nicht zu trocken, aber auch nicht zu naß sein. Der März soll Wind und Staub bringen; Nebel darf es nicht geben; „Wienel Nebel sind im März, soviet Oufse im Jahr ohne Scherz!“. Wesentlich ist das Märzwetter auf jeden Fall, denn: „In Anfang oder End — der März seine Oufse sendt!“ — Weiter heißt es: „Der März nicht trocken und nicht naß, — fällt dem Bauer Riß und Faß. — Und blüht's und donnert's endlich gar, — kommt auch bestimmt ein gutes Jahr.“

Nach dem Hundertjährigen Kalender beginnt der März 1931 mit kalten Winden und Frost in der Frühe, während es abends tauet; am 8. und 9. März gibt es Regen und Schnee, vom 10. bis 21. ist es anhaltend kalt.

Körperchaftsbeamten und Ortsvorsteher-Vereinigung Regolde

In Fortsetzung der Besprechung der neuen Gemeinde-Ordnung versammelten sich die Ortsvorsteher- und Körperchaftsbeamten am letzten Samstag auf dem Rathaus wieder erfreulich zahlreich. Die Vorträge des Obersekretärs Wagner, Regolde über die „Aufsicht des Staats über die Gemeindeverwaltung“ und des Bürgermeisters Maier, Regolde über den Abschnitt „Dienstverhältnis gegen Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebeamte“ wurden mit Beifall aufgenommen. — Damit ist die neue Gemeindeordnung vollständig durchbehandelt. Nötig waren 7 Versammlungen. Allen Rednern wurde nochmals herzlich gedankt. Mögen nun die Hoffnungen, die auf das neue Werk in seiner praktischen Anwendung gesetzt werden, in Erfüllung gehen. — In Anwesenheit des Herrn Landrats Baitinger wurde noch die Vorbereitung der Staatsaufstellung für das kommende Rechnungsjahr, die durch den Holzeinnahmeausfall besonders schwierig wird, besprochen. Ein auffallendes Mißverhältnis hat sich besonders im Entlohnungssystem der öffentlich rechtlichen und privatrechtlich amtskörperchaftlich angestellten Straßenwärter herausgebildet, dem abzuhelfen Aufgabe des Bezirksrats und der Amtsvorstellung sein wird.

Landwirtschaftliche Woche

Stuttgart, 2. März.

Landfrauen tag

Die Einzeltagungen der „Landwirtschaftlichen Woche“ haben am Freitag begonnen. Im großen Saal des Stadtparkes fand die Hauptversammlung des Landesverbandes Württemberg und Hohenzollern der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine statt. In ihrer Ansprache begründete die Vorsitzende Frau Steiner (Vaupheim) die Teilnahme des Verbands an der „Landwirtschaftlichen Woche“ mit dem Bewußtsein der Landfrauen, einen wichtigen Anteil am Kampf um die Landwirtschaft zu haben. Die Zahl der Ortsvereine ist von 400 auf 427, die Zahl der Bezirksvereine von 33 auf 35 gestiegen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 15 344.

Direktor Dr. Ströbel der Württ. Landwirtschaftskammer schilderte die Lage der Großstädte, in denen die Zeichen unserer bedrücklichen wirtschaftlichen Notlage viel offener in die Erscheinung treten als auf dem platten Land. Zusammenhalt innerhalb des Berufsstandes und von Stadt und Land sei das Gebot der Stunde. Dr. Kräutle (Berlin) vom Deutschen Landwirtschaftsrat sprach über die Landfrau im Dienst der Förderung des Abjates einheimischer Erzeugnisse.

Für die berufstätige Frau in der Stadt hat die sogenannte Schnellküche eine Veränderung im Einkauf hervorgerufen. Wesentlich ist die Tatsache, daß weniger auf Vorrat gekauft wird, daß immer mehr Menschen kochsagen von der Hand in den Mund leben. Die höheren Ansprüche an das landwirtschaftliche Erzeugnis sind unverkennbar. Die Verhältnisse auf dem Absatzmarkt haben sich grundlegend verändert. Die landwirtschaftliche Selbsthilfe ist weitgehend zu mobilisieren. Erzeugt muß werden, was der Markt verlangt; die Ware muß gerichtet sein, wie es der Markt verlangt. Das Verständnis für Markenware — die nichts mit den Lebensmittelmarken der Zwangswirtschaft zu tun hat — muß allenthalben geweckt werden.

Freifrau vom Holz (Waldorf) sprach über „Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land“. Wohl haben schon viele Bäuerinnen begriffen, daß sie standardisierte Qualitätsware liefern müssen, vielfach steht diese Erkenntnis aber noch zurück. In den Städten steht die überwiegende Zahl der Käuferinnen der Forderung nach Bevorzugung einheimischer Erzeugnisse noch vollkommen gleichgültig gegenüber. Hier mit aller Kraft und mit allen nur erdenklichen Möglichkeiten eingzugreifen, ist das Gebot der Stunde. Einen Anfang zu gemeinsamen Wirken in Stadt und Land stellt der neugegründete Landesauschuss der städtischen und landwirtschaftlichen Frauenverbände Württembergs dar, in dem die gemeinsamen Beratungen aufgenommen sind.

Ausschuß des Landw. Hauptverbandes

Am Freitag nachmittag versammelte sich der Landesauschuss des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes im großen Festsaal des Hindenburgbaus in Stuttgart zu seiner 29. Vollversammlung. Präsident Dietlen erklärte, der Landw. Hauptverband habe sich restlos in die Reihen der Grünen Front gestellt. Die Massen der Landbevölkerung müßten der Hoffungslosigkeit verlassen, wenn die beabsichtigten neuen Agrarmaßnahmen wiederum eine Enttäuschung bringen sollten.

Generalsekretär Hummel ging auf die Tätigkeit des Verbandes im letzten Jahr ein. Synodus Dr. Zellner erstattete Bericht über die Jahresrechnung. Als Vorstandsmitglied wurde Domänenpächter Hagmann (Ganterhof) gewählt. Dann leitete Dr. Hermes die wirtschaftspolitische Aussprache mit einem Ueberblick über die derzeitigen wichtigsten Gesichtspunkte der Agrarpolitik und die Arbeit der „Grünen Front“ ein. Es sei gelungen, bewegliche Getreidebörsen zu bekommen, mit deren Fortdauer durch Ermächtigung gerechnet werden könne. Böllig unerträglich sei ein Rückfall in die zollfreie Gefrierfleischzufuhr. Es müsse Klarheit darüber herrschen, daß der Landwirtschaft mit Krediten allein nicht geholfen ist. Unerlässlich und grundlegend sei die Schöpfung und Sicherung rentabler Preise! Die Einfuhrschleimperze habe sich für Süddeutschland nachteilig ausgewirkt.

Frhr. von Stauffenberg (Mühlhausen) erklärte, die gesamte Landwirtschaft des Reichs werde ihre ganze Kraft aufwenden müssen, daß die Hilfe für die Veredelungswirtschaft zur Durchführung komme. Direktor Dr. Ströbel bezeichnete als eine Hauptaufgabe die Bekämpfung der Meißbegünstigung. Es müsse vor aller Dessenlichkeit festgestellt werden, daß die Lage der süddeutschen Landwirtschaft nach außen blühend; ein Blick in das Innere lasse keinen Zweifel darüber zu, daß die Zuspitzung der Krise auch bei ihr einen hohen Gefahrenherd erreicht hat.

Vortragstag der Landwirtschaftskammer

Ministerialrat Dr. Walther vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hielt einen Vortrag über den Schutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft. Während es gelungen ist, die Getreideeinfuhr erheblich zurückzubringen, ist die Einfuhr von Erzeugnissen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft noch immer sehr stark. Wenn uns auch das Ausland noch in manchem in bezug auf Qualitätsförderung voraus sein mag, so können doch die großen Anstrengungen und Fortschritte, die die vorantende deutsche Landwirtschaft in der letzten Zeit gemacht hat, nicht abgelehnt werden. Die Förderung der Qualitätserzeugung ist aber mit ungeheuren Kosten verbunden, die eine Belastung der deutschen Produktion bildet. Dazu kommt das Anwachsen der Veredelungserzeugung in der ganzen Welt, das auf dem Weltmarkt zu ähnlichen Zuständen führen wird, wie sie auf den Weltgetreidemärkten gegeben sind. Die bisherigen Zollmaßnahmen genügen nicht, um den drohenden Gefahren entgegenzutreten. Vielmehr ist dazu notwendig eine Verklärung des autonomen Zollschutzes und eine Lösung oder wenigstens Voderung der wichtigsten handelspolitischen Bindungen. Es ist selbstverständlich, daß die Interessen des Außenhandels nicht vernachlässigt werden dürfen. Trotzdem muß das Ziel einer Stärkung des Binnenmarktes nicht aus dem Auge gelassen werden, da bei den in aller Welt herrschenden Tendenzen nur der Schutz der eigenen Erzeugung durch Stärkung des Binnenmarktes — auf die Dauer gesehen — die Möglichkeiten abt. Die gemalchten Arbeitslosenziffern zu verringern. Eine Stärkung des Binnenmarktes ist aber ohne Erhaltung einer kaufkräftigen Landwirtschaft nicht möglich.

Mitgliederversammlung des Landw. Hauptverbandes

In den Vortrag schloß sich die Mitgliederversammlung des Landw. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern an. Den Geschäftsbericht erstattete in aller Kürze Generalsekretär Hummel. Der Landw. Hauptverband fühlte sich als lefter Geißlein der Grünen Front.

Ein Telegramm an Reichsminister Dr. Schiele, das diesem nach wie vor treue Gefolgschaft zusagt, wurde gutgeheißen.

Frhr. von Lünick (Bonn) sprach über die Gesundung der Landwirtschaft als Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Die Aussichten für eine wesentliche Ausfuhrsteigerung sind verhältnismäßig gering geworden. Das gesamte Ausland, insbesondere die überseeischen Länder, stellen sich auf die Eigenversorgung mit industriellen Bedarfsartikeln ein. Eine Steigerung unserer Agrarerzeugung um drei Milliarden Mark jährlich, d. h. den Betrag unserer landwirtschaftlichen Einfuhr, würde neue Erwerbsmöglichkeiten für einhalb Millionen deutsche Arbeiter bedeuten. Wohl etwa 200 000 würden als Landarbeiter Beschäftigung finden. Die stärkere Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes würde der Industrie jenen Inlandmarkt eröffnen, den sie bisher im Ausland vergeblich gesucht hat. Der schwere Fehler unseres bisherigen Wirtschaftssystems: die Bevorzugung wirtschaftlich minder wichtiger aber gar überflüssiger Erwerbsgruppen, die Bevorzugung der Luxusindustrie, des stark unproduktiven überreichen Handels, der öffentlichen Verwaltung, der Verbraucher-schichten, des arbeitslosen Kapitals — unter gleichzeitiger Abdrosselung der wichtigsten Motoren des inneren Marktes, nämlich des Wohnungsbaus und der landwirtschaftlichen Erzeugung durch einen Preisdruck ihrer Erzeugnisse um 25 Prozent unter die allgemeine Teuerung — das ist die eigentliche Ursache unserer Wirtschaftskatastrophe, die sich noch wesentlich verschärfen muß, wenn nicht eine grundsätzliche Veränderung der oben geschilderten wirtschaftspolitischen Lage eintritt.

Eine Besserung ist nur möglich dadurch, daß die gesamte Einwirkungsmöglichkeit der Wirtschaft, handels- und steuerpolitisch, die bisher der Niedrighaltung der Preise des notwendigen Lebensbedarfs in Ernährung und Wohnung diente, systematisch dafür verwendet wird, diese Preise dem allgemeinen Teuerungsinde vollen anzugleichen und dadurch die Rentabilität dieser Produktionszweige so zu sichern und zu steigern, daß hinreichender privatwirtschaftlicher Anreiz geboten wird, sich diesen in intensiver Arbeit zuzuwenden.

Aus der Entschlüsseung

Aus der Entschlüsseung der Hauptversammlung entnehmen wir:

Die bislang von der Reichsregierung durchgeführten und nunmehr im Reichstag angeforderten Maßnahmen

Der Schnelljudenmörder. In Büttich wurde der Arbeiter Ahmed Mula, französischer Staatsangehöriger, verhaftet...

Französische Ruhemedaille. In Frankreich wurde für die „Veteranen von Rhein und Ruhr“ eine Tapferkeitsmedaille geprägt...

Neue Zustände bei einer Bank. Bei einer Gerichtsverhandlung wegen Unterschlagung in Wesel wurde festgestellt...

Der weiße Tod. Am Steppberg bei Garmisch verschütete am Sonntag nachmittag eine Lawine fünf Schiffler...

Schändlicher Bubenstreich. Das zu Ehren der Gefallenen des Füsilierregiments Nr. 80 und seiner Tochterformationen auf dem Keroberg in Wiesbaden errichtete Denkmal ist in der Nacht zum Volkstrauertag beschädigt worden...

Handel und Verkehr

Die Großhandelsmehlschicht vom 25. Februar 1931 ist mit 114,2 gegenüber dem 18. Februar (114,0) um 0,2 v. H. gestiegen.

Das Ergebnis der Internationalen Autoausstellung in Berlin ist nach dem Bericht des Messeamts befriedigend. Zahlreiche Bestellungen, namentlich von kleinen Personwagen, seien gemacht worden...

Lohnsenkungen in Oesterreich. Die im Stahlwertverband zusammengeschlossenen Unternehmungen, die bedeutendsten Oesterreichs, haben ihren Arbeitern mitgeteilt, daß Akkordlöhne infolge der wirtschaftlichen Lage um 12-48 v. H. gesenkt werden sollen...

Konkurse und Vergleichsverfahren im Februar 1931. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Februar 1931 durch den Reichsanzeiger 1065 neue Konkurse - ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge - auf Konkursöffnung und 548 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben.

Verlängerung des Bodenseefahrplans bis 10. September. Die Deutsche Fahrplanagentur in Stuttgart hat beschlossen, den Sommerfahrplan der Bodenseeschiffe bis 10. September zu verlängern.

Markte. Viehpreise. Rindvieh u. T.: Färren 350-620, Ochsen und Stiere 340-730, Kühe 190-700, Kalbkuh 460-730, Jungvieh und Kälber 160-480. Schweinepreise. Döblingen: Käufer 35-45, Saugschweine 19 bis 25. Milchpreise. Döblingen: Käufer 17-24, Ravensburg: Ferkel 13 bis 25, Käufer 30-40.

Gejtorbene: Gottlieb Kugele, Wegwart, 72 Jahre alt, Oberkollbach. Josephine Knerer, geb. Koll, 57 Jahre alt, Gorb. Johannes Gorrer, Landwirt, 53 Jahre alt, Baijingen. Marie Büttner, geb. Bruder, 71 J. alt, Freudenstadt.

Wetter. Die Wetterlage wird immer noch von durchziehenden Ausläufern einer nördlichen Depression beeinflusst. Für Mittwoch und Donnerstag ist ebenfalls unbeständiges, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Anmeldung für die Grundschule. Evangel. Volksschule Nagold. Schulpflichtig sind die in der Zeit vom 1. Mai 1924 bis 30. April 1925 geborenen Kinder, Gutentwikelte Kinder, die nach dem 30. April aber vor dem 1. Oktober 1925 geboren sind...

Möbliertes Zimmer von Reulein zum 1. April gesucht. Gelegenheits- zur Klavierbenutzung erwünscht. Schriftl. Angebote unter Nr. 571 a. d. Geschäftsstelle d. Zeitung.

Evangelisations-Vorträge von Missionar Otto Lohf in der evang. Stadtkirche in Nagold vom 5.-13. März 1931 je abends 8 Uhr. Donnerstag 5. März: „Volk in Not! - Volk erwache!“ Freitag 6. März: „Antwort auf zwei Hauptwürfe des modernen Unglaubens“...

Hausammlung für die Opfer der Wirtschaftskrise (Nothilfe). Für die notleidende Einwohnerschaft soll nach dem Beschluß der Ortsfürsorgebehörde heute und in den nächsten Tagen eine Hausammlung durchgeföhrt werden...

Emmingen, den 2. März 1931. Dankfagung. Allen denen, die uns beim Tode und Leichenbegängnis unseres lieben Kindes so viel Liebe und Teilnahme erzeigten, fagen wir unseren herzlichsten Dank.

Hausammlung durch die von der Stadt Beauftragten durchgeföhrt werden. Die sich freundlich zur Verfügung gestellten Sammlerinnen sind mit einer amtlich gestempelten Sammelliste versehen. Die Not macht sich durch die Länge der Zeit in immer weiteren Kreisen geltend...

Bergebung von Bauarbeiten. Wir haben für den Scheuernbau des Herrn Friedrich Klinger, Hatterbach die Beton-, Maurer-, Zimmer-, Flächner-, Waffer-, Elektroinstallations-, Schloffer- und Schmiedarbeiten, sowie für Herrn Karl Kurz, Schreiner und Landwirt in Schietingen außer den obengenannten Arbeiten auch noch die Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Malerarbeiten zu vergeben...

1600 Paare Schuhe und Stiefel, neu eingetroffen. Beispiele: Damenstiefel für Kommunion 36/37... 4.75. Herren-Sportstiefel... 8.50. Hermann Tannhauser, Horb a. N. Beachten Sie genau meine Firma. Schriftliche Bestellungen werden auch an Unbekannte gegen Nachnahme prompt ausgeführt.

Himmelstrost im Erdenleid. Allen Betrübten, Leidtragenden und Kranken gemidmet. Mit einem Wort von F. v. Bodelschwingh + Gebichte und erbauliche Geschichten, die uns in Zeiten der Not und des Leides wohl helfen können. Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold.

Der Landwirt ist froh wenn er irgendwo sparen kann. Laut ärztlicher und amtlicherärztlicher Bestätigung heißt Waiwurzelstid bei Mensch und Tier. Muskel-, Sehnen-, Nerven-, Knochenbeschäden. Innerlich gegeben: Gegen Verdauungsstörungen der Haustiere. Die Hausapotheke in einer Flasche Große Fl. Mk. 2.-, Spezial doppelstark Mk. 3.-, 1/2 Liter Sparpadung Mk. 5.-

Wer nicht injerier kommt bei der Kundschaft in Vergessenheit. 70 cm weit, hoch 1 m hoch, 50 m lang, „am festig, Stück verpackt, das bessere, kostet RM. 7.50, 50 m Größt 11.30, 34.- Liste gratis. P. Buchdierl, Drahtfabrik Oberreisheim-Heilbronn 19.